

Der Stamm der „besten Menschen“. Eine poetische Vorstellung von der Wiedergeburt des Menschen hat ein im ganzen Sudan zerstreuter äthiopischer Splitterstamm, der von äthiopischen Fördern als der Stamm der „besten Menschen“ bezeichnet wird. „Noch niemals hat“, so erzählt der bekannte Äthiopier Grobenius, „jemanden Äthiopier gehörte, daß Leute von diesem Stamm auch nur das kleinste Vergehen gegen einen Nächsten begangen haben. Sie sind unendlich fleißig, kennen kaum eine Strafe und plündern zur unrechten Zeit nicht einmal eine Blume. In ihrer Vorstellung steht ein Greis mit dem Gesicht, damit er im Feind für den nötigen Regen sorgen kann. Diese Leute haben eine seltsam schöne Ansicht vom Fortleben nach dem Tode und der Wiederauferstehung der Großen in ihren Entleinern. Den Schädel des Toten bewahren sie auf, und wenn sie glauben, daß der Verstorbene lange genug tot ist und gut für den Regen gesorgt hat, dann gehen sie vor den Schädel und sagen: „Lieber Großvater, du bist nun lange genug tot. Wir wollen, daß du wiederkommen.“ Und nun legen sie in den Schädel ein Samenkorn und dessen mit Erde zu. Und wenn der wachsende Halm Früchte reift, dann ist die Tochter oder die Schwiegertochter ein Samenkorn, und dieses Korn entwickelt sich zum Kind. So leben die Großen in ihren Entleinern fort.“

Sächsisches.

Nachdem in der heutigen Landtagssitzung Ministerpräsident Dr. Seigner das vom Befehlshaber des Wehrkreises IV an ihn gerichtete Schreiben verlesen hat, wird hiermit der Wortlaut des Schreibens der Deutschen Reichsregierung bekanntgegeben: „Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Nr. 234 vom 15. 10. 23, hat der Minister Böttcher am 18. 10. in der von der A.P.D. einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten zu Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen: Die Koalitionskriegserklärung hat bankrottiert. Es gibt nach dieser Entwicklung, in der wir stehen, entweder eine weiße oder eine rote Diktatur. — Das Proletariat muß sofort bewaffnet werden. Die Klassengangs des Proletariats sind die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet hat, im langen Kampfe, das sind Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen muß... — Seine Aussführungen haben folgende Resolution zur Folge gebracht: „Die am 18. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entschieden gegen das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht diese Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln zu kämpfen, um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur Stinnes über die Arbeiterklasse unmöglich zu machen und jede Maßnahme der Sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats dient, sofort durchzuführen.“ Damit ist durch den Minister Böttcher eine offene Kampfanlage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolutions veranlaßt worden. Die Aufrufung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit dem Aufruf zum „bewaffneten Kampf“. Dies stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. erlassenen Verfügung dar. — Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. 10. 11 Uhr vormittags unzweideutig auszusprechen, ob sich das Komministerium dem Geiste und dem Wortlauten nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinn die Regierung weiterführen will, oder ob es, entgegen den Aufrufern des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meinen Wünschen zu handeln. Für den letzten Fall muß ich um klare Verhältnisse zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mit gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahme die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubereiten. Mit der Sicherung der vorzüglichsten Hochachtung gez. Müller, Generalleutnant.“ In der dazu im Landtag von Ministerpräsident Seigner verlesenen Regierungserklärung heißt es: „In der Verhandlung der Länderminister mit der Reichsregierung ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Verbürgung des Ausnahmestandes nicht erwünscht sei. Weil Bayern aber diesen verhinderte, wurde er für das ganze Reich ausgesprochen. In allen offiziösen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren müsse, um Bayern gegenüber Herr zu werden. Wir sind immer enttäuscht worden. Aber handelt gegen Reich und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Heerlager und erklärt den Kampf gegen Reich und Marxismus. Heute haben wir erfahren, daß gestern der bayerische Gefinde in Berlin eine Note überreicht hat, in der ausgeführt wird, in Dresden habe ein Betriebskongress unter dem Schutz der sächsischen Regierung stattgefunden. Das sei ein sündlicher Akt gegen die bayerische Regierung. Sie fragt an, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu ergreifen gedenke, um Wiederholungen der Einmischungen Sachsen zu verhindern. Kein Mensch kann zweifeln, wohin der Kurs geht. Sind es auch heute noch papierne Drohungen, so darf man sich nicht täuschen, daß diese Kreise sich durchzusehen versuchen; wenn es ihnen gelingt, dann gehört die deutsche Republik der Geschichte an. Warum handelt das Reich nicht? Es macht sich mitschuldig. General Müller verlangt nun, daß die sächsische Regierung ihm Rechenschaft geben soll über die Neuherierung eines ihrer Mitglieder. Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig. Noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber diesen unzweifelhaft rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller lehnen wir es ab, ihm überhaupt Antwort zu geben. (Lauter Beifall links.) Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werden wir ausüben. Für den Fall, daß General Müller seine Drohung wahrnehmen sollte, erkläre ich aber schon jetzt: Herr General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Begriff ist, den Boden des Rechts und der Verfassung zu verlassen. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß gegen einen solchen unvordenbaren Zustand von ihr eingegangen wird. Gegen die rechts- und verfassungswidrige Verhandlung legen wir die schriftliche Verwarnung ein und fordern von der sächsischen Bevölkerung, daß sie sich geschlossen hinter die Regierung stellt. (Lebhafte Beifall links.)

Die Eisenbahn-Hochlegungsarbeiten in Dresden-Plauen sind in ein neues Stadium getreten. Auf östlicher Flur ist seit einigen Tagen an der Bergstraße mit den Vorarbeiten zum Bau des großen Tunnels begonnen worden. Am steilen Aufgang zur Bergstraße werden zunächst Erdbewegungen vorgenommen. Auch möchten sich Abschläge für die Überbrückung an dieser Stelle notwendig. In dem alten Steinbruch am zukünftigen Tunneleingang hat man die Arbeitschuppen aufgeschlagen und die Mörstelmischmaschine angefahren. An dem Hochgelände zwischen der Würzburger Straße und dem Forsthaus sind in den letzten Tagen Signaleinrichtungen angebracht worden. Das neue Gleis soll in absehbarer Zeit in Betrieb genommen werden. Darauf wird sofort mit den Aufschüttungen zum zweiten Gleis begonnen werden. Der neue Bahnhof an der Straße Altplauen wird aber damit noch nicht erbaut, sondern der Personenverkehr bleibt weiter auf der jetzigen Haltestelle am Felsenkeller. Erst nach Vollendung des neuen Tunnels wird auch der neue Bahnhof in Betrieb genommen und dann die jetzige Haltestelle eingezogen. In der letzten Woche sind auch Abschläge von der Bahn über die Weiberitz nach dem Ratssteinbrüche zu vorgenommen worden.

Rosslip. Der Kartoffelpreis wurde in einer hier abgehaltenen Sitzung der Preisfeststellungs-Kommission (Vertreter der Erzeuger der Stadt und der Gewerkschaften) auf 250 Millionen Mark bei Selbstabholung vom Erzeuger und auf 300 Millionen Mark bei Zufuhr bis zu einer Entfernung von 50 Kilometern festgestellt. Bei Orten mit weiterer Entfernung trifft ein entsprechender prozentualer Aufschlag ein. (Aber wann und auf wie lange? D. R.)

Deutschendorf. Der Gemeinderat beschloß, da die Ausgaben für Stimmzettel zu den bevorstehenden Gemeindewahlen den einen Parteien sehr hohe Kosten auferlegen, sowie Stimmzettel aus Gemeindemitteln zu bezahlen, als tatsächlich in der Urne vorzufinden werden.

Werdau. Die Urabstimmung in den Nachbargemeinden Leubnitz und Langenbogen über die Einverleibung nach Werdau ergab in beiden Orten eine große Mehrheit gegen dieselbe. In Leubnitz stimmten 1726 dagegen, 330 dafür, in Langenbogen 838 dagegen, 278 dafür.

Mit einem Schwindlertrick machte ein Einwohner in Werdau, der in einem größeren Betrieb in einem Nachbarort arbeitete, reiche Beute. Der Mann hatte in seiner Arbeitsstelle erzählt, er könne Laufschuhe reparieren. Darauf brachten ihm eine größere Anzahl Mitarbeiter ihre Uhren. Unter einem glaubhaft klingenden Vorwand gab er kurzlich bei der Firma Uralan nach Berlin ein, kehrte aber nicht wieder zurück und ist seitdem mit den Uhren verschwunden.

Aue. Am Sonntag haben kommunistische Hundertschaften zwischen Schneeberg und Aue Straßenpostierungen aufgestellt und nichts in Anmahnung politischer Rechte vier Arbeiter angehalten und nach Waffen durchsucht. Als diese sich wehrten, wurden sie mit Gummiknüppeln und Stahlröhren geschlagen. Die Geschlagenen wurden hierauf von 50 Mann umringt, die aus der Nähe herbeieilten. Auch in der Stadt Aue wurde reger Patrouillenbetrieb kommunistischer Hundertschaften beobachtet, die sogar eine stark besetzte Nachwache eingerichtet hatten.

Dölsnitz i. V. Über die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung stand am 14. Oktober in der Amtshauptmannschaft zu Dölsnitz unter Vorsitz des Amtshauptmanns Freiherr v. Wirsching eine Versammlung mit den Vertretern der Verbraucher sowie der Landwirtschaft statt. In Erkenntnis der großen wirtschaftlichen Notlage, in der sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung befindet, und die ihren Hauptgrund darin hat, daß zwischen dem Einkommen breiter Schichten der Verbraucher und den Preisen für die wichtigsten Bedarfssortikel ein außerordentliches Misverhältnis besteht, kam man zu folgendem Ergebnis: 1. von der Landwirtschaft des Bezirks wird bestimmt erwartet, daß für den Jantner Kartoffeln kein höherer Preis als 1½ Goldmark verlangt wird. Wenn dieser Preis auch den Friedenspreis nicht erreicht, so muß berücksichtigt werden, daß die Einnahmen derjenigen Schichten der Bevölkerung, die Kartoffeln zu kaufen gezwungen sind, auch längst nicht den Friedensstand erreichen. 2. Es wird weiterhin erwartet, daß alle verfügbaren Kartoffeln, soweit sie nicht als Saatgut oder zur Erhaltung in der eigenen Wirtschaft bis zur neuen Ernte gebraucht werden, bis spätestens 31. Oktober d. J. dem Verbrauche zugeschürt werden. Es ist erwünscht, daß bei der Abgabe vor allem die Erwerbstöchter, Sozial- und Kleinrentner berücksichtigt werden.

Reinsdorf bei Plauen i. V. Die Fluren unseres Ortes sind dieses Jahr direkt geplündert worden, meistens durch kleinere und größere Trupps am hellen Tage. Durch diese Plündерungen sind annähernd 1000 Jantner Kartoffeln und viele Jantner Gefreide entwendet worden. Polizei mußte fast täglich in grobem Maße in Anspruch genommen werden, sonst würden dem Pächter wenig Kartoffeln übrig geblieben sein. Die Kartoffeldiebstähle begannen schon Mitte Juli an den ganz untreuen Früchten.

Löbau. Wegen der Fortführung des Bahnbauwerkes Löbau-Cunewalde hat sich der bietzige Stadtrat mit einem neuen Gesuche an die Reichseisenbahndirektion gewendet, doch ist daraus ein abschlägiger Bescheid eingegangen, da der Reichseisenbahn kurzzeitig keine Mittel zur Verfügung stehen.

Jüttau. Am Montag traten hier Gewitter auf, die eine merkliche Abkühlung mit sich brachten. In der Umgegend ging kleiner Regen mit sich. In der Lüneburg ging klein-körniger Hagel nieder.

Jüttau. Während in Sachsen sich die Lage der Industrie täglich verschlechtert, hat sie sich in den angrenzenden Teilen Nordböhmen in leichter Zeit wesentlich gebessert. Wenn auch die gegenwärtigen Verhältnisse einen Vergleich mit den Friedensjahren nicht ausbauen können, so haben sie doch die Aissen der Nachkriegszeit überwunden. Namentlich in der Textilindustrie ist ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen. Auch in der Leder- und Metallwarenindustrie ist die Lage günstiger, obwohl gerade in diesen Zweigen sich schon wieder Rückslüsse geltend machen. Die Glasindustrie wurde durch den langanhaltenden Hoblenarbeiterstreik vorübergehend Stilllegung gezwungen, läuft aber in den nächsten Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können. Die Auswirkung dieser erstenleihten Verhältnisse ist deutlich ersichtlich an der seit Beginn dieses Jahres ständig sich verringernden Zahl der Arbeitslosen, die z. B. in Wünsdorf von 6500 auf 900 sank. Die Gründe hierfür liegen in der durch die Nivellierung der Preisverhältnisse mit den Nachbarstaaten geschaffenen Konkurrenzmöglichkeit, sowie in der vermehrten Aufnahmefähigkeit des Landmarktes.

Deutsche Sitzung des Bezirksausschusses Dippoldiswalde

Am 17. Oktober fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz die diesjährige Sitzung des Bezirksausschusses statt. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Mitglieder, von denen Stadtrat Riecke-Altenberg entschuldigt fehlte, und gab nach Eintritt in die Tagesordnung eine Zuschrift des Justizgremiums Dresden bekannt, inhaltlich deren vom bietzigen Kommunalverband auf August 1923 ein Umlagebeitrag von rund 103 Millionen Mark zu leisten ist. Der Bezirksausschuß bewilligte diese Mittel und nahm weiter bestimmt Kenntnis von der vom Kommunalverband unter dem 4. Oktober veröffentlichten Mehl- und Brotpreiserhöhung, der letzten Festsetzung dieser Art infolge Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 15. d. M. Der Vorlesende teilte im Anschluß hieran mit, welche Maßnahmen vom Reich zur Sicherung der Mehl- und Brotversorgung ab 16. 10. getroffen worden seien. Neben dem Verflüssigungsverbot, das auch nach dem 31. Dezember 1923 in Kraft bleibt, und dem Erlass verschiedener Strafbestimmungen für den Fall der Verflüssigung von Brotdreieck, können Bedarf-Kommunalverbände bei der Reichsgesetzestelle Antrag auf Lieferung von Brotdreieck stellen. Dieses wird ihnen, wenn auch in beschränktem Umfang, von der Reichsgesetzestelle zu dem jeweiligen Tagespreise zur Verfügung gestellt werden. Da der bietzige Kommunalverband kein solcher Bedarfbezirk, sondern Überschussbezirk ist, ist er im wesentlichen auf die Jufuhr der Mühlen seitens der Landwirte im eigenen Bezirk angewiesen. Hierauf möchten diese Rücksicht nehmen und für beschleunigte Jufuhr Sorge tragen, damit es der bietzigen Bevölkerung nicht an Brod mangelt. Für eine etwaige kurze vorübergehende Unterbrechung in der Mehl- und Brotversorgung hat der Vorlesende Vorsorge getroffen. Genehmigung — teilweise bedingungsweise — fanden hierauf eine größere Anzahl Nachträge zu Gemeindesteuer-ordnungen, und zwar für Frauenstein, Glashütte, Borsig, Oelz, Schleiden, Falkenhain, Fürstenwalde, Görlitz, Großhörsa, Hennersdorf, Hirschbach, Liebenau, Löwenhain, Neusalz, Naundorf, Pössen, Drosendorf, Rehfeld-Jaunhaus, Reichenberg, Sadisdorf, Schmiedeberg und Wendischreitendorf (Aufhebung der Jufuhrsteuer und Erhöhung des Jufuhrzuschlags zur Grunderwerbsteuer bet.), für Schmiedeberg (Bewerberzuschlag bet.), für Glashütte (Sonderzuschlag zur Wohnungsbauabgabe bet.) und für Frauenstein, Borsig, v. d. Planitz, Großhörsa, Lungkwitz, Possendorf, Ooschren, Reichenberg und Sadisdorf (Erhöhung der Hundesteuer nach Jufuhrzugebühr bet., bekanntgegebenen Ministerialverordnung vom 24. 9. 23 bet.), ferner der 1. Nachtrag zum Ortsrecht der Gemeinde Höckendorf über Gemeindebeamtenbesoldung und die Verdauerung von Gemeindeland zu Bauzwecken in der Gemeinde Schönfeld. Es soll indes mit dieser Gemeinde zuvor

nochmals wegen event. Erhöhung des Kaufpreises ins Vernehmen getreten werden. Die Amtshauptmannschaft wurde weiter ermächtigt, Gemeindesteuerverordnungs-Nachträge über die Aufhebung der Jufuhrsteuer und Erhöhung des Jufuhrzuschlags zur Grunderwerbsteuer namens des Bezirksausschusses dann zu genehmigen, wenn diese Nachträge dem den Gemeinden bekanntgegebenen Muster allenthalben entsprechen. Es wurde dann noch Kenntnis von einem Dankesbriefen des Bezirksfeuerwehrverbandes Dippoldiswalde für eine ihm aus Bezirksmitteln bewilligte Beihilfe, von einer Zuschrift des Landwirtschaftlichen Creditvereins Dresden, wonach ein vom Bezirksverband seinerzeit zur Bezahlung von Kriegsfamilienunterstützungen dort aufgenommene tilgbares Darlehen von 40 000 Mark vereinbart- und losungsgemäß nur in 4% Kreditbriefen einer bestimmten Serie zurückgezahlt werden kann, die Erlangung solcher Papiere aber gegenwärtig kaum möglich sein wird, sowie von einer betreffs der Genehmigung des 2. Nachtrags zum Ortsrecht der Stadt Frauenstein über die Wahlen von Stadtverordneten ergangene Verordnung des Ministeriums des Innern, inhaltlich deren die durch die Amtshauptmannschaft erfolgte Auslegung der Vorschrift in § 210 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 1. 8. 23 allenfalls gebilligt wird, schließlich bestimmt von den seitens der Amtshauptmannschaft zur Versorgung des Weltkriegs mit Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln und Gemüse, getroffenen Maßnahmen und vom gegenwärtigen Sachstande der Notgeldfrage. Es wurde dabei unter Bezugnahme auf den vom Bezirksausschuß am 26. September gefassten diesbezüglichen Besluß der Ausgabe von Notgeld anderweit zugestimmt, falls sich dies ungeachtet der in der letzten Sitzung beschlossenen Verpflichtung im Weltkrieg erklärt hätte, wurde in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten, über die in der nächsten Nummer berichtet werden wird.

Die neue Reichsindezziffer.

Berlin. Die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes in Berlin für den 15. Oktober auf das 601,9 millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1) beträgt somit 534%.

Mittwoch (amtlich)

Dollar 5.513.750.000

Donnerstag vormittag (vorbörslich)

Dollar 7.500 Millionen

Krone 215 Millionen

Wassergeld.

Dass Wassergeld für das in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. aus der häuslichen Wirtschaftung entnommene Wasser ist erneut erhöht worden und beträgt für 1 cbm 25 Millionen Mark. Für das Vierteljahr 1923 wird am 1. November von allen Abnehmern eine Abholungszahlung in Höhe von 50 Millionen Mark für den cbm unter Zugrundelegung des Durchschnittsverbrauchs von einem Drittel des verflossenen Vierteljahres eingehoben.

Dippoldiswalde, den 17. Oktober 1923.

Stadtrat. Das Wassergeld für das in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. aus der häuslichen Wirtschaftung entnommene Wasser ist erneut erhöht worden und beträgt für 1 cbm 25 Millionen Mark. Für das Vierteljahr 1923 wird am 1. November von allen Abnehmern eine Abholungszahlung in Höhe von 50 Millionen Mark für den cbm unter Zugrundelegung des Durchschnittsverbrauchs von einem Drittel des verflossenen Vierteljahres eingehoben.

Wiederholung der Personalaufnahme nach dem Stande am 10. Oktober 1923

Zweck: Durchführung der Personalaufnahme zur Vorbereitung der Verantragung zur Einführung der Gewerbesteuer a. s. das Rechnungs-jahr 1923 allen Haushaltern oder deren stellvertretenden Wohnungs-illiten für jeden Haushalt und jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung und je eine Befreiung (Personalaufnahme) gegeben werden. Die Wohnungsbüro sind unverzüglich den Haushaltungsvorständen und Inhabern selbständiger Wohnungen auszuhändigen, von diesen genau nach der Anleitung auf dem Titelblatt der Liste auszufüllen und bis zum 20. Oktober d. J. dem Stadtrat v. d. G. und Städten oder deren Vertretern auszuhändigen. Der Stadtrat v. d. G. und Städten oder dessen Vertreter hat die mit sein r. Unterst. gezeichnete Befreiung nicht den dazu gebildeten, von ihm vorher auf die Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu prüfenden Wohnungsbüro spätestens bis zum 25. Oktober 1923 an den unterzeichneten Stadtrat, Rathaus Zimmer Nr. 4 (Vorbernahme) abzugeben.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 18. Oktober 1923.

Wilhelm Mehner
Hanne Mehner geb. Wolf
Vermählte
Hainsberg — Dippoldiswalde, 18. Oktober 1923

Ihre Vermählung beeinträchtigt sich anzugeben

Ingenieur Paul Sandor
und Frau Grete geb. halm

[Mitten l. Sa. 18. Oktober 1923 Dippoldiswalde, 1. Sa. 2. 31. Dezembermiss, Ungarn]

Achtung!
Landwirte!
Milchliefer-Scheine
3 teilig, mit Namensdruck, liefer
Buchdruckerei Carl Zehne.

19jähriges
Mädchen sucht Stellung

als Schularin

Zu erhaben bei H. Majes,

Görlitzberg, Altenberg, Str. 72.

Fleisch

Bröselächterei

Paul Lieber

